



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz - keine finanzielle Beteiligung der Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, baldmöglichst ein neues Förderprogramm aufzulegen, welches die Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau und beim Betrieb einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung beseitigt.

Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, dass die Gebiete mit einer Mobilfunkabdeckung versorgt werden, die aufgrund der verpflichtenden Netzabdeckung von 97 Prozent nicht ausgebaut werden oder bei denen aufgrund einer zu geringen Endkundenzahl oder schwieriger Topografie ein Ausbau nicht attraktiv ist.

Das Programm schließt eine finanzielle Beteiligung der Kommunen aus, um sie nicht zusätzlich zu belasten.

Des Weiteren muss sichergestellt sein, dass die Mobilfunkanlagen auch nach Ende der Netzabdeckungsverpflichtung weiter betrieben werden.

Begründung:

Nicht nur zur Schließung für Netzbetreiber unwirtschaftlicher Mobilfunklücken in strukturschwachen und entlegenen Gegenden, sondern z. B. für eine Notfallversorgung ist ein flächendeckendes Mobilfunknetz überlebensnotwendig.

Der Antrag greift erneut die Forderung des am 26.10.2016 abgelehnten Antrags auf Drs. 17/11419 auf.